



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

308 (15.7.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-192317](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-192317)

Mannheimer General-Anzeiger

Wagnispreis: In Mannheim u. Umgebung monatlich 1.50 für Einzelposten u. Einjahresgebühren 12.75. — Postgebühren 1.25. — In 22.00 oder Postgebühren. — Gg. Nummern 20 Bge. — Die Preisliste liegt bei jeder Ausgabe bei. — Adressen: Mannheimer General-Anzeiger, Postfach 1. D. u. Nr. 2017. — Adressen: Mannheim, Postfach 1. D. u. Nr. 2017. — Adressen: Mannheim, Postfach 1. D. u. Nr. 2017.

Babische Neuheit Nachrichten

Wagnispreis: 1 Heft. — Postgebühren 1.25. — In 22.00 oder Postgebühren. — Gg. Nummern 20 Bge. — Die Preisliste liegt bei jeder Ausgabe bei. — Adressen: Mannheim, Postfach 1. D. u. Nr. 2017. — Adressen: Mannheim, Postfach 1. D. u. Nr. 2017.

Noch keine Entscheidung.

Der gestrige Tag hat die Entscheidung nicht gebracht. Die Lage ist somit noch völlig ungeklärt, wenn sich auch die Anzeichen mehren, daß die Konferenz von Spa keine Abwendung vom Versailler Geist in ihrem Ergebnis bringt. Die Kabinetts- und Konferenzmitglieder der Entente beraten für sich. Sie haben gestern zwei Sitzungen abgehalten zur Besprechung der militärischen und politischen Lage, ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Die Betonung der Einigkeit — ist die übliche Deformation. Millerand ist zusammen und unterstützt von Foch der treibende Faktor, seine im folgenden veröffentlichte These der anzuwendenden Politik spricht für sich selber. Es hat heute seinen Zweck, über diese Frage sich auszulassen. Sie kennzeichnet jedoch trefflich die Lage innerhalb der Beratungen der Alliierten darüber, was ist zu tun, nachdem die deutsche Delegation keine Unterschriftfertigkeit sein wollen über das hinaus, was Deutschland leisten kann? Die lange Dauer der Beratungen läßt darauf schließen, daß es Millerand nicht leicht ist, mit seiner Politik durchzudringen. Die Weisen der Entente stehen ja eigentlich durch die verkehrte Politik des Versailler Vertrages und des Erzwingens davor, die Quadratur des Circulus vitiosus zu lösen. Schwieriger wird die Entscheidung aus dem Grunde noch, weil Sorgen im Osten für Polen und die Gefahr des Bolschewismus mithineinspielen. So erklärt es sich, warum man namentlich die militärische Lage berät. Es ist eine Entscheidung, ob Krieg oder Frieden auf Jahre hinaus Europa das Gepräge geben. Wir sind in Stunden, wo die Weltkrisis, in der wir leben, entschieden wird.

Die deutschen Vertreter sind bis jetzt fest geblieben und warten ab. Sie sind in ihren Angeboten, von denen die Kohlenlieferungsfrage die wichtigste ist, bis an die äußerste Grenze gegangen. Die Meldung, daß die deutsche Delegation in letzter Abendstunde ein weiteres Entgegenkommen habe mitteilen lassen, trägt den Stempel des Versuchsbalkens zu sehr auf der Stirn.

Wenn unsere Delegation glaubte, erhöhte Lieferungen übernehmen zu können, so ist dies ein so entscheidender Schritt, daß er nur von den offiziellen Persönlichkeiten unternommen werden könnte. Es liegt auch gar kein Grund vor, von dem klaren und äußersten Standpunkt der deutschen Vertreter abzuweichen. Eine geschlossene Regierung steht der Entente zum erstenmal gegenüber. Ein einiges geschlossenes deutsches Volk von der Rechten bis zur Linken deckt endlich einmal deutsche Regierung und Verhandlungsführer. Die Grenze ist so klar gegeben: Wir können nicht mehr.

Diese Tatsache ist es auch einzig und allein, welche der Entente die Entscheidung selbst schwer macht. Was nützt angesichts dieser einheitlichen Meinung und unabänderlichen Willens eines 60 Millionenvolkes Gewalt und Befehle? Führt diese insbesondere zu dem erhofften Erfolge? Wie wirkt sie aus? Bedeutet sie nicht den ewigen Krieg, Ruin und Untergang für Europa?

Dabei muß betont werden, daß nicht Deutschland es ist, das die schlimmsten Wirkungen einer Besetzung will. Wir haben oft gesagt, daß es gemeinsame Sorge sein müßte aller am Wiederaufbau Europas interessierten Staaten, uns nicht mit dem Neuherrn zu quälen, sondern zu helfen. Wenn daher die Entente zum Zwangsdiktat schreitet und eine weitere Besetzung androht und verwirklicht, trägt einzig und allein sie die Schuld an allen Folgen. Dies muß heute schon festgestellt werden, damit alle Versuche, sie Deutschland in die Schuhe zu schieben, von vornherein ausgeschaltet werden. Als ohnmächtiges und wehrloses Volk lösen nicht wir die Weltkrise, die dem Weltkrieg von 1914—1919 gefolgt ist, sondern der Sieger, der die Lösung der Völkerverständigung ausgab.

Die Alliierten beraten.

Spa, 15. Juli. (WB.) Die Beratungen der Alliierten haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Man erwartet die endgültige Entscheidung heute.

Spa, 14. Juli. (WB.) Das Reutersche Büro verbreitet folgende Meldung: Die Alliierten trafen heute vormittag 11½ Uhr zusammen. Die Generale Foch und Mc. Ein erstatteten Bericht über die militärische Lage. Darauf wurde die Zusammenkunft bis 6 Uhr abends verschoben.

In der Zwischenzeit hat kein Verkehr mit den Deutschen stattgefunden und es scheint, daß der Abbruch der Verhandlungen unmittelbar bevorsteht, und daß die Alliierten das Ruhrgebiet besetzen werden. Die italienischen und englischen Generale werden heute abend eintreffen.

Keinerlei Entspannung.

D.Z. Spa, 14. Juli. (Drahtb.) Trotz des schweren Gewitters am Montag abend, das alle Telefon- und Telegraphenverbindungen unterbrach, ist es wieder heiß geworden, und die Luft ist mit Spannung geladen, auch die politische. Schon witterte man es am politischen Himmel. Dr. Simons hatte heute eine längere Unterredung mit einem Ententemitglied, die keinerlei Entspannung brachte. Im Speisesaal der Hotels Annette u. Lubin saßen heute nachmittags zwischen 3 und 6 Uhr die Mitglieder des Kabinetts mit den Sachverständigen zwecks Beratungen. Unterdessen kam der Kurier aus Berlin. Es gab Zeitungen, die doch ein Stückchen Heimat mit sich brachten. Nach der Besprechung mit den Sachverständigen gaben sich die Mitglieder des Kabinetts sofort nach der Villa Sorbier, wo zurzeit ein Ministerrat tagt.

Auf des Messers Schneide.

D.Z. Spa, 14. Juli. Einem Tage voll Unruhe ist ein Abend gefolgt, dessen erhöhte Spannung kaum noch zu überbieten ist. Die alliierten Regierungschefs waren zu einem im Laufe des Tages im Schloße de la Freneuse zusammengetreten. Der Vormittagssitzung wohnten bei Lloyd George, Lord Curzon, Millerand, De Croquet, Graf Storza, Bertolini,

Lord Chinda, die belgischen Minister Delacroix, Hymans, und Jaspars, ferner Marschall Foch mit seinem Generalstabschef Desfiches sowie der belgische Generalstabschef Maglins. Wie die Blätter melden, wurde in der Sitzung über die nötigen Truppenmaßnahmen gegen Deutschland beschlossen. Die Sitzung war um 2 Uhr beendet. Die alliierten Minister wollten über das Ergebnis keinerlei Mitteilung machen. Sie hatten, wie die Berichterstatter melden, ein ernsthaftes Aussehen.

Eine zweite Sitzung des Obersten Rates fand um 6 Uhr abends statt. Da auch diesmal der englische Generalstabschef Wilson nicht anwesend war, wurde die Beratung auf morgen vertagt.

Der Geist der Politik Millerands.

Paris, 14. Juli. (W. B.) Pertinax drahtet dem „Echo de Paris“ aus Spa: Wir haben Gründe, anzunehmen, daß die Alliierten sich noch zwei bis drei Tage gedulden werden, bevor sie eine Entscheidung treffen. Der Grund zu dieser Fögeung liegt offensichtlich darin, daß wir uns erst noch gründlicher Prüfung fähig machen wollen und daß die gegenwärtigen europäischen Angelegenheiten unter ihrem doppelten Gesichtswinkel, sowohl von dem militärischen, als auch von dem politischen Standpunkt aus, betrachtet werden müssen. Aber schon jetzt hat Millerand folgende These festgesetzt:

„Se größer die Gefahr am andern Ende Europas und je mehr Germanismus und Bolschewismus die Absicht erkennen lassen, sich zu vereinigen, umso wichtiger ist es, daß die Alliierten ihre Festigkeit gegenüber Deutschland beweisen und in der Kohlenfrage, in der unsere Gegner ihren Widerstand konzentrieren, die einzige Lösung suchen, die mit unseren Rechten vereinbar ist.“

Verlagerung der Entscheidung — völlige Einigkeit

Spa, 14. Juli. (W. B.) Das offizielle Communiqué des Verbandes lautet: Eine Verammlung der alliierten Bevollmächtigten fand heute von 11½ bis 3 Uhr statt in Gegenwart des Marschalls Foch und des Generals Maglins; Marschall Wilson war nicht anwesend. Die Fortsetzung der Erörterung wurde vertagt, um einen vorhergehenden Meinungsaustausch zwischen allen militärischen Sachverständigen zu ermöglichen. Das Einvernehmen unter den Alliierten ist vollkommen.

Heute neuer Ministerrat.

m. Köln, 15. Juli. (Priv.-Tel.) Der Sonderberichterstatter der Kölnischen Zeitung meldet aus Spa: Eine Zusammenkunft der beiden Verhandlungsparteien wurde gestern nicht festgesetzt, da wie ich hörte heute ein neuer Ministerrat abgehalten werden soll. Man kann daher vermuten, daß das Kabinett bis jetzt zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen ist. Von den Teilnehmern an den verschiedenen Verhandlungen wird strengstes Stillschweigen bewahrt. Die Stimmung ist ernst und bedrückt. Den gleichen Eindruck entdeckt man in der Atmosphäre, welche den Beratungsort des hohen Rates umgibt. Hier war eine lange Sitzung des vielleicht tonangebenden Marschalls Foch. Der englische Marschall Wilson war noch nicht gekommen. Auch von dort verlautet nichts über die Ergebnisse der Verhandlungen.

Heute um 11 Uhr gedenken die Verbündeten wieder ohne uns weiter zu beraten.

Ein Versuchsbalken?

Spa, 15. Juli. Der Berichterstatter der Agentur Havas glaubt mitteilen zu können, daß Professor Bonn im Namen der deutschen Delegation Lloyd George am Mittwoch abend benachrichtigte, daß sie die Bedingungen der Alliierten bezüglich der Kohlenlieferungen von zwei Millionen Tonnen monatlich annehme. Diese Annahme sei zwar von Bedingungen begleitet, die sie zweifelhaft erscheinen lassen. Millerand begab sich sofort nach der Kenntnismahme zu Lloyd George, mit dem er konferierte.

Simons bei Lloyd George.

Spa, 14. Juli. (W. B.) Havas. Der deutsche Außenminister Dr. Simons hatte Lloyd George ersuchen lassen, ihn heute nachmittag zu empfangen. Der englische Premierminister zeigte heute vormittag auf der interalliierten Versammlung eine besonders feste Haltung.

Einzelheiten vom 9. Konferenztag.

Berlin, 15. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Die Schilderungen der Berliner Blätter über den gestrigen Tag in Spa ergänzen das Bild der amtlichen Berichterstattung kaum wesentlich. Man erfährt nur noch, daß die Initiative zu der Unterredung zwischen Lloyd George und Simons wechselseitig gewesen ist und daß es hernach in der gemeinsamen Sitzung der deutschen Delegation mit den Sachverständigen sehr lebhaft zugegangen sein soll. Stinnes hätte eine schärfere Tonart angeschlagen, die Wehrheit der Sachverständigen sei aber für die Fortsetzung der Verhandlungen gewesen. Dann hätte, trotzdem die Gerüchte von einem 24 Stunden befristeten Ultimatum stark kursierten, die deutschen Sachverständigen Reichler, Rathenau und Wiebelsfeld sich Abends doch noch zu Besprechungen mit den Industrie- und Handelskreisen der Alliierten begeben.

In den Kreisen der deutschen Delegation trat gegen 10 Uhr abends das Gerücht in bestimmter Form auf, daß die Entente die deutsche Regierung dränge, sich rasch zu entscheiden.

Englische Meinungen.

Amsterdam, 14. Juli. (W. B.) Der Korrespondent der Delta News, der sich bisher stets als gut unterrichtet gezeigt hat, glaubt, daß die Gelegenheiten zum Nachdenken, die durch die Unterbrechung der Konferenz geboten ist, einer Uebererlegung in una fürberlich sein wird. Es sei der Mühe wert, daran zu erinnern, daß die alliierten Regierungen vor zwei Tagen aus eigenem Entschluß sich erboten hätten, die Lebensmittelforschung der deutschen Bergleute zu bessern. Von den drei schon imigen Kom-

missionen für Kohlen, Lebensmitteln und der Wiederherstellung wies die letztgenannte Kommission auf den schwachen Punkt des deutschen Planes hin und verlangte bestimmte Zahlenangaben.

Rotterdam, 14. Juli. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Die englische Presse sieht die Wendung der Ereignisse in Spa als äußerst ernst an. „Daily Chronicle“ findet, daß Dr. Simons in dem Kampf mit Stinnes und seinen reaktionären Hinterleuten unterlegen und daß, wenn nicht im letzten Augenblick etwas Unerwartetes geschieht, die Alliierten zu Zwangsmahnahmen genötigt sein werden. Das Blatt sagt ferner, daß die Bemühungen der englischen Delegation in Spa, die Konferenz zu einem guten Ende zu bringen, ernstlich bedroht sei und zwar in einem Punkte, bei dem England nicht direkt in Mitleidenhaftigkeit gezogen sei.

Einigkeit des deutschen Volkes.

Große Beunruhigung bei den Bergarbeitern.

Berlin, 15. Juli. Sämtliche Blätter melden aus dem Ruhrgebiet, daß die Verhandlungen in Spa über die Kohlenfrage unter der Bergarbeiterschaft lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen haben. Zahlreiche Bergleute trügen sich jetzt schon mit dem Gedanken, im Falle der Besetzung des Ruhrgebietes, dieses zu verlassen.

Berlin, 15. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Aus einer Protestentscheidung, die gestern von der Arbeitergruppe der Arbeitstammer des Ruhrbergbaues in Essen gefaßt wurde, sind folgende Sätze bemerkenswert:

„Die Arbeitergruppe hält den Vorschlag der deutschen Regierung schon für viel zu weitgehend und unerfüllbar. Die beabsichtigte Beschlagnahme der Kohlen zugunsten des Verbandes, die Besetzung des Ruhrgebietes zur Durchführung des Diktates würde die Arbeiterschaft nicht ruhig hinnehmen. Ueber den Forderungen des Verbandes steht das Recht der Arbeiterschaft auf Freiheit und Unabhängigkeit. Sie wird dieses Recht nicht preisgeben, auch dann nicht, wenn die deutschen Vertreter sich fügen müßten.“

Herr Hue, der von Spa zurückgekommen ist, hat auf Grund der tatsächlichen Lage im Ruhrgebiet folgendes dringende Telegramm an Minister Dr. Simons gerichtet:

„Berichte aus Bergwerksbezirken ergeben zunehmende Unlust der Bergarbeiter, weitere oder noch mehr Uebergriffen zu verfahren. Gründe dürften außerordentlich schlechte Ernährung, so vor allen Dingen das ungenügende Brot sein. 2. die Lagetemperatur, die regelmäßig auf die Ueberarbeit hemmend einwirkt, 3. die Nachrichten aus Spa, daß Zwangsmahregeln für das Ruhrgebiet erörtert würden. Bitte dies bei den Verhandlungen zu berücksichtigen.“

Die Haltung der Sozialisten.

Berlin, 15. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Bedenklich bleibt, daß die Sozialdemokratie bei der Schattierungen sich nach wie vor ablehnend gegen alle Zugeständnisse ausdrückt, die über die deutsche Leistungsfähigkeit hinausgehen. Das hat gestern abend erst wieder die „Freiheit“ getan, heute früh tut es von neuem der „Vorwärts“, der u. a. schreibt: „Würden die deutschen Vertreter in Spa versprechen, was nicht gehalten werden kann, so würde binnen kürzester Frist der Einmarsch unter dem Vorwand, die Deutschen hätten ihr Wort nicht gehalten, dennoch erfolgen.“

Der Zusammenbruch der polnischen Front.

Zugeständnisse und Schwankungen Sowjet-Rußlands?

Berlin, 15. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Nach Meldungen aus London soll Krassin in Moskau bedeutende Resultate erzielt haben. Die Sowjetregierung soll angeblich bereit sein, ihre Angriffspolitik im Osten aufzugeben. Krassin sei ferner ermächtigt, 25 Prozent aller russischen Kriegsschulden anzuerkennen. Die Bolschewisten hätten auch in einen anderen Kurs ihrer Innenpolitik eingewilligt und Krassin hätte Vollmacht, England anzubieten, daß die beschlagnahmten Papiere wieder den ursprünglichen Besitzern zurückgegeben werden sollen. Man wird gut tun, diese Meldung mit einiger Skepsis aufzunehmen.

Amerikas Einverständnis mit den Polen gegen den Sowjet-Rußland.

Rotterdam, 14. Juli. (W. B.) Havas meldet aus Washington: Die Blätter melden, daß die Regierung der Vereinigten Staaten, obwohl sie nicht offiziell an den Entschlüssen der Alliierten in Spa bezüglich Polen teilzunehmen können, doch die dort getroffenen Maßregeln gutheißt.

Die bolschewistische Gefahr.

Dem Vertreter der amerikanischen Hearstpresse, Herrn v. Wigan, hat sich Dr. Stresemann über die durch den fortschreitenden Angriff der russischen Rote Armee geschaffene Lage in einer Unterredung ausgesprochen, und dabei u. a. gesagt, daß die deutsche Regierung die Pflicht habe, zu prüfen, welche Maßnahmen sie zur Sicherheit des Reiches ergreifen müsse, um das zu verhindern, was im Bereich der Wahrscheinlichkeit liegt. Die Gefahr sei umso größer, weil, wenn es der Sowjet-Armee gelänge, in Nord- und Mitteldeutschland festen Fuß zu fassen, sie hier eine deutsche Rote Armee bilden würde, die den Kampf nach Süddeutschland und nach Westen gemeinsam mit den Russen weitertragen würde. Hierfür müsse die deutsche Regierung mindestens für vorbereitete Maßregeln Sorge tragen. Dr. Stresemann fügte hinzu, daß seine Freunde an die Regierung das Ersuchen richten würden, bei den Entente-Regierungen anzusprechen, ob und inwieweit dieselben, die die völlige Wehrlosmachung Deutschlands fordern, gewillt und in der Lage sein, ihrerseits die Verteidigung des deutschen Reiches gegen die aus dem Osten drohende Gefahr zu garantieren.

Die bolschewistische Gefahr ist in der Tat jetzt in ein Stadium gerückt, das alle europäischen Regierungen auf das eindrucksvollste beschäftigen sollte. Polen ist so gut wie verloren. Eine materielle Hilfe seitens England oder Frankreich ist nach den bisher vorliegenden Mitteilungen ausgeschlossen und die Rote Armee Rußlands wird an der deutschen Grenze nicht halt machen. Die Hilfe aber, die ihr in Deutschland selbst

entstehen kann, wird den Untergang Deutschlands und damit der ganzen europäischen Kultur besiegeln. Die Gefahr schwillt drohend an und es bleibt auf das lebhafteste zu bebauern, daß diese Angelegenheit höchst politischer Art in Spa nicht oder doch wenigstens nicht in dem Maß, das sie unbedingt erfordert, zur Sprache gekommen ist. Es ist daher der Wunsch, zur Sprache gekommen ist. Es ist daher der Wunsch, zur Sprache gekommen ist.

Zwar scheint es, als ob die wiederholten Vorstellungen Grapow's in Spa von der Lage Polens bei den Alliierten einigen Eindruck gemacht hätte; aber es bleibt abzuwarten, ob bei der Entente tatsächlich die politische Vernunft über den Haß gegen Deutschland siegen wird; denn eine Hilfe für Polen kann nur Sinn und Verstand haben, wenn hinter Polen ein auf alle Möglichkeiten vorbereitetes Deutschland steht.

Die Bewegung in Irland.

Forderungen des britischen Gewerkschaftskongresses. London, 14. Juli. Der gestern in Westminster abgehaltene Gewerkschaftskongress hatte die besondere Aufgabe, die Haltung der britischen Gewerkschaften gegenüber Irland und Rußland zu erwägen. Der Kongress nahm die vom nationalen Eisenbahnerverband eingebrachte Resolution an, worin zu einem Waffenstillstand zwischen den irischen Parteien aufgefordert wird, damit die Morde und Verbrechen ein Ende finden. Ferner wird in der Resolution die Zurückziehung der britischen Armee aus Irland verlangt und daß die Regierung ein irisches Parlament einsetzt, wenn der Waffenstillstand hergestellt sei. Weiter nahm der Kongress eine Resolution des Bergarbeiterverbandes an, in der die Bestimmung der Gewerkschaften über die Frage des Generallstreiks zur Befolgung empfohlen wird, falls die englische Regierung die Truppen nicht aus Irland zurückzieht und die Herstellung der Munition zum Gebrauch gegen Irland nicht einstellt.

Nachklänge zur Abstimmung im Osten.

Aus Allenstein schreibt man uns: Der Tag der Entscheidung, der Schicksalstag der deutschen Sache ist vorüber. Die hochgespannten Erwartungen sind noch überflossen worden. Von heute beginnt für uns Deutsche eine neue Epoche. Das östliche Gebiet hat gezeigt, daß es deutsch war und deutsch bleiben will. Um 6 Uhr morgens am Tag nach der Wahl waren die gemeldeten ersten Gesamtergebnisse heraus, die in Ostpreußen bisher nur in 9 kleineren Gemeinden geringe polnische, in 1932 aber große deutsche Mehrheiten ergaben. Kennenwerte polnische Ziffern weist überhaupt nur der Kreis Allenstein-Land auf, wo etwa 10% polnische Stimmen abgegeben wurden, was aber unbedeutend ist, da in diesem Kreise die polnischen Entlasten nicht an der Grenze liegen, also für die Grenzfeststellung in Betracht kommen können. Fast noch großartiger und überraschender ist das Ergebnis in dem vorzugsweise gefährdeten Westpreußen. Die Wahlbeteiligung war eine gewaltige. Die Worte auf dem riesigen Schild vor dem Rathaus zu Allenstein: „An die Urne, Mann und Frau, und säumet nicht, Eure Stimme hat Gewicht, Eure Stimme hält Bericht“, haben den lautesten Widerhall in den Herzen aller deutsch Gesinnten — und das ist die ganze Bevölkerung — gefunden.

Dank der vorzüglichen Organisationsarbeit des Deutschen Schutzbundes ist auch die Beförderung der Abstimmungsberechtigten aus dem Reich über Erwarten glatt vor sich gegangen. Nach dem Ergebnis des 11. Juli kam, wenn überhaupt noch der Schein des Rechtes gewahrt werden soll, keine Rede mehr davon sein, das ost- und westpreussische Gebiet den Polen auszuliefern, ein urdeutsch gesinntes Land, das seinen einmütigen Willen befunden hat, bei Deutschland zu bleiben. Hier verlag jede Auslegungsmöglichkeit, hier ist feinerlei Angriffspunkt gegeben. Selbst wirtschaftliche oder geographische Rücksichten würden dem von unseren Gegnern so laut gerühmten Selbstbestimmungsrecht allzusehr ins Gesicht schlagen. Das aber sei mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß die ostpreussische Bevölkerung eine solche Rechtsbeugung nie und nimmer dulden würde, selbst wenn die Reichsregierung wieder weich werden sollte. Das nationale Gewissen ist hier wach geworden, die vorübergehende Verwirrung ist abgeklungen, Kraft, Mut und Entschlossenheit sind diesem urgetriebenen Menschenstamm wieder völlig zurückgekehrt.

Aber damit ist die Frage noch nicht erledigt. Im Gegenteil dürfen und müssen wir jetzt verlangen — und die Ostdeutschen sind jetzt dazu entschlossen —, daß im Soldauer und Böhmer Bezirk noch nachträglich eine Volksentscheidung herbeigeführt wird. Man geht hier sogar noch weiter. Man ist es müde, vom Reich durch eine Sperre getrennt zu sein, die den wirtschaftlichen und geistigen Verkehr hin- und herüber erschwert und vielfach nahezu unmöglich macht. Man will keine Kolonie Deutschlands sein, und man hofft, daß die Reichsregierung endlich aus der verzweifeltsten Lage der Polen Ruhe ziehen wird. Ueberhaupt ist man mit der Anwendung von Repressalien gegenüber Polen bisher gar zu schüchtern gewesen. Das ist hier die allgemeine Meinung. Um nur ein Beispiel zu geben: Ohne das deutsche Salz kann Polen bei seinen unbrauchbar gemachten Salzbergwerken gar nicht leben. Aber sogar, als infolge von Streiks in Ostpreußen eine große Salznot herrschte, hat man trotz Einspruchs der Bevölkerung Hunderte von Waggons, die an der Grenze standen, nach Polen hinausstoßen müssen, weil es Berlin so wollte. Das muß jetzt anders werden.

Der 11. Juli eröffnet für die in etwa 3 Monaten folgende Abstimmung in Oberschlesien die besten Aussichten. Die Bewegung, die hier im Osten eingeleitet ist, aber auch von allergrößter Bedeutung für die Befreiung des polnischen Lebens in ganz Deutschland. Die vaterländische Hochstimmung kann unmöglich wirkungslos verpuffen. Hier im Osten sind einmal durch die Not der Zeit gezwungen, die politischen Parteien zu einem einigen deutschen Volk zusammenzuschweißen worden. Die nach dem Reich zurückkommenden Ostmärker werden diesen Welt, dem sie so unauflöslich erhabende Stunden verdanken, mitnehmen. Wie schon öfter in unserer deutschen Geschichte, geht auch jetzt wieder die Sonne einer neuen glänzenden Zukunft für Deutschland im Osten auf.

Es würde dem allgemeinen Volksempfinden entsprechen, wenn am nächsten Sonntag in allen Städten und Dörfern des großen deutschen Vaterlandes die Glocken zum Dankgottesdienst läuten, damit wir nach so vieler schmuckvoller Erniedrigung den ersten großen Sieg würdig begehen.

□ Berlin, 15. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) In Posen-Pommern hat die polnische Niederlage eine große Ernüchterung bewirkt. Die Einziehung verschiedener Jahrgänge hat den Erfolg gehabt, daß ungefähr 25 Prozent der ausgehobenen Mannschaften schon jetzt von ihrem Optonsrecht Gebrauch machen und für Deutschland optieren. Unter den Optanten sind meist mehr Polen als Deutsche.

Zwischenfall wegen der französischen Tricolore.

Berlin, 14. Juli. (W.B.) Die Sicherheitspolizei teilt mit: Heute vormittag fand auf dem Pariser Platz vor dem französischen Nationalpalast ein Festakt vor der französischen Botschaft statt, an dem die Vertreter der hiesigen Entente-Kommissionen teilnahmen. Das deutsche Publikum stimmte bei dem Hissen der Tricolore das Deutschland-Lied an. Beamte der Sicherheitspolizei geleiteten französische Offiziere und Matrosen, welche durch ihr Benehmen das Publikum reizten, in die Botschaft. Auf diese Weise gelang es, Ausschreitungen vorzubeugen. Nachdem die Feier vorüber war und das Publikum den Platz verlassen hatte, fixierten bisher Unbekannte auf das Dach der französischen Botschaft und hielten die Tricolore herunter, worauf sie sich mit ihr einsetzten. Eine polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet.

Berlin, 15. Juli. (W.B.) Zu dem Vorfall vor der französischen Botschaft wird uns von amtlicher Seite mitgeteilt: Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes drückte dem französischen Geschäftsträger persönlich sein und der Regierung Bedauern über den gegen die französische Botschaft begangenen groben Unfug aus. Die Polizeibeamten, durch deren Fahrlässigkeit die Demonstration möglich geworden ist, sind auf Anordnung des preussischen Ministers des Innern ihres Amtes entbunden worden. Die französische Flottille wurde von einem Mannes niedergebott und einseitig, der über das Dach des Rechenhauses auf das Dach des französischen Botschaftsgebäudes gelang war. Der Täter ist noch nicht ermittelt; doch wurde die Klage im Nachhinein vorgebracht und der französischen Botschaft durch die Polizei wieder zugestellt.

Gegen die schwarze Schmach.

Die Amerikaner gegen die schwarze Schmach.

□ Berlin, 15. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Die in Berlin weilenden Amerikaner veranstalteten gestern in der Aula der Universität gemeinsam mit dem rheinischen Frauenverein eine Massenkundgebung gegen die Ausschreitungen der schwarzen französischen Truppen im besetzten deutschen Gebiet. Als erster Redner sprach der bekannte Oberst Emerson. Emerson sagte, die ganze Kulturwelt müsse sich den Rhein- und Saarländern und den Pfälzern annehmen. Er wies unter großem Beifall auf die amerikanische Presse hin, die sich gegen die schwarze Schmach im Rheinland wende. Den größten Eindruck machte die Rede einer Dame. Sie empfahl unter stürmischem Beifall den entwaffneten deutschen Männern im besetzten Gebiet, jeden Regier, der bei einem Stillschreitverbrechen ertappt würde, ohne weiteres an den nächsten Baum zu knüpfen. Schließlich wurde einstimmig beschlossen, folgenden Funkspruch an alle Frauen der Welt zu senden: „Nach Anhören entrüsteter amerikanischer und neutraler Stimmen über die ungenügenden Regenerneue gegen mehrfache Frauen in den französisch besetzten Gebieten in Deutschland, bitten die versammelten Vertreter der führenden deutschen Frauenvereine ihre Mitschwester in der Welt um Rücksicht und Einschaltung ihres politischen Einflusses gegen die weitere Schändung deutscher Frauen im Rheinland.“

Deutsches Reich.

Die Erwerbslosenfürsorge.

Berlin, 14. Juli. (W. B.) Nach einer Verordnung vom 8. Mai wird vom 1. August ab die Erwerbslosenunterstützung grundsätzlich nur für 26 Wochen gewährt. Die Durchführung dieses Grundgesetzes beginnt bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krisis größeren Schwierigkeiten, als bei dem Erlaß der Verordnung erwartet werden konnte. Der Reichsarbeitsminister wird deshalb durch Erlaß vom 9. Juli die Regierungen der Länder besonders auf die Befugnis der Gemeinden hin, Ausnahmen von dem bezeichneten Grundgesetz zu bewilligen. Insbesondere werden Ausnahmen nach Lage der örtlichen Verhältnisse unter Umständen auch für ganze Gruppen von Erwerbslosen gemacht werden müssen.

Die Reform des Strafrechts.

Auf eine Anfrage von sozialdemokratischer Seite wegen der Revision des Strafrechts hat der Reichsjustizminister jetzt folgendermaßen geantwortet: Der Entwurf zu einem neuen deutschen Strafgesetzbuch ist fertig gestellt. Es handelt sich bei diesem Entwurf um eine Ueberarbeitung des aus den Beschlüssen der Strafrechtskommission hervorgegangenen Entwurfs zu einem deutschen Strafgesetzbuch. Der Entwurf, der einen nichtamtlichen Charakter hat, soll demnächst mit einer Denkschrift, die zum Verständnis der zahlreichen Neuerungen notwendig ist, veröffentlicht werden.

Deutschsalsafrika als Indertolonie.

Betrübende, wenn auch nach der Gestaltung des Friedensvertrages nicht überraschende Meldungen, bringen die Afrikanischen Nachrichten, das in Leipzig erscheinende Organ des Ostafrikanerverbandes, über die Zustände in Deutschsalsafrika. Danach wird allmählich alles deutsche Privateigentum verkauft; das amtliche Blatt der britischen Verwaltung zeigte in einigen seiner letzten Nummern eine große Anzahl von Verkäufen von Grundstücken in Dar-es-Salaam und andern Orten an; so plötzlich und gleichzeitig bewirkt, müssen die Verkäufe wenig eintragen. Dar-es-Salaam ist heute tot, heißt es. Draußen auf den Pflanzungen, im Lande geht alles zurück, besonders da, wo die europäischen Leiter bereits entfernt sind und Eingeborene oder Ander eine ledere Aufsicht üben; manches Anwesen ist schon verödet. Die Deutschen haben allesamt ihre Ausweisung zu gemärtigen, bis auf einige, die den Briten zu Diensten waren; die Ausweisung ist eine Frage von höchstens einigen Monaten. Im wirtschaftlichen Leben treten jetzt die Indert mehr als bisher hervor. Sie sind wohl die Käufer der meisten deutschen Bestände, und allem Anschein nach wird das Land eine Indertolonie, also eine reine Handelskolonie, indem die von den Deutschen eingeführte Kulturordnung vernichtet wird, denn Pflanzungen wollen die Indert nicht pflügen, sie sind dazu auch nicht imstande.

Die Lebensmittelurruhen.

Neue Urruhen in Dresden.

□ Berlin, 15. Juli. (Priv.-Tel.) Nach Nachrichten aus Dresden scheint die Stadt unter der Herrschaft einer schwarzen Arbeitslosen zu stehen. Viele haben sogenannte Requiriertruppen gebildet, die die Stadt durchziehen, Galbänder und Kaffees nach Lebensmittel durchstöbern, sie den Leuten einfach wegnehmen und dann zu Scheuderpreisen an so-

genannte Arbeitslose auszuteilen. Die kleineren Kaffees der inneren Stadt haben geschlossen. Die Deikatefengeschäfte verkaufen Fett, das bisher 24 Mark kostete, zu 12 Mark an die Arbeitslosen. Die Regierung hat eine Kundgebung erlassen, in der sie zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung auffordert, auf die schwierige Ernährungslage Sachens hinweist und sie nach Möglichkeit zu bessern versuchen will.

Baden.

Eine bayrische Antwort an Remmele.

□ München, 15. Juli. (Priv. Tel.) Der badische Minister des Innern hatte, wie mitgeteilt, bei der Auslösung über den Standpunkt der badischen Regierung zu den Einwohnerwehren einen Hieb gegen die Erklärung der bayrischen und württembergischen Regierung gegeben, daß sie unter gar keinen Umständen auf die Einwohnerwehren verzichten können und behauptet: „Mit dieser Erklärung hätte Bayern und Württemberg dem Wohle des deutschen Volkes schlecht gedient.“ Seine Stellungnahme hat in Bayern viel böses Blut gebracht und die „Münchener Neuesten Nachrichten“ erklären, dieser Auslösung des badischen Ministers des Innern ist zu sagen, daß es bisher für verantwortliche Staatsmänner üblich war, sich der Kritik über Maßnahmen von Regierungen anderer Länder zu enthalten. Schließlich steht ja auch dem badischen Minister des Innern keinerlei Recht zu einer amtlichen Kritik dessen zu, was in anderen Ländern geschieht. Darüber werden sich die Regierungen von Bayern und Württemberg mit der Reichsregierung schon auseinandersetzen, wenn es notwendig sein sollte. Außerdem sind bekanntermaßen die Verhältnisse in allen Ländern des Reiches nicht die gleichen und was die Verhältnisse in Bayern und Württemberg erheischen, werden die Regierungen dieser Länder wohl besser zu beurteilen wissen als der Minister des Innern von Baden.

Zur Orientierung unserer Leser geben wir nachstehend die Ausführungen des Ministers, soweit sie sich gegen Bayern und Württemberg richten, wieder:

Die Regierungen der Entente haben in Spa in der Frage der Entlassung Deutschlands keinen Zweifel über die Folgen gelassen, wenn die Entlassung nicht in der vorgeschriebenen Weise zur Durchführung gebracht wird. Es hat deshalb gar keinen Zweck, wie ein trotziges Krabbe hinzuzufügen, mit dem Fuß auf den Boden zu stampfen und zu sagen: „I mag net!“ Die bayrische Regierung läßt durch die Presse verbreiten, sie könne unter keinen Umständen auf die Einwohnerwehren verzichten. Diese ihre Auffassung ändere sie auch auf Grund der aus Spa eingelaufenen Nachrichten nicht. Die württembergische Regierung hat eine ähnliche Erklärung abgegeben. Man mag es mir in Württemberg und Bayern nicht verdenken, wenn ich sage, daß durch derartige Erklärungen der Sache des deutschen Volkes schlecht gedient ist. Mit der Leistung weite Widerstandes gegen die von der Entente uns auferlegten Verpflichtungen bessert man in politischer Hinsicht die Stellung des deutschen Volkes nicht. Man liefert nicht nur der Entente die Waffen zu Vergeltungsmahregeln, sondern auch der Opposition in Deutschland außerordentlich billigen Agitationsstoff. Wir ist aus einer Reihe von Beobachtungen ganz klar, daß die Franzosen in der deutschen Unabhängigen Presse die beste Nachrichtenüberbringerin von den in Deutschland vorgehenden Dingen haben. Jedes Gewehr, das gelegentlich einmal in einem Bauernorte an das Licht des Tages gebracht wird, findet in der unabhängigen Presse eine Notiz. Die Kommandobestellen der französischen Besatzungsmarine der Pfalz z. B. wissen solchen Nachrichtenbienst hoch zu schätzen. Wenn in jüngster Zeit von den Hinweisen von der Inbesitznahme von Festplätzen zum Zwecke der Durchführung der Entlassung von einer Befehung des Mannheimer Heideberger Bezirks gesprochen wird, so klingt dies in politischer und militärtechnischer Hinsicht gar nicht unwahrscheinlich.

Als vor einigen Monaten zum ersten Male die Entente mit ihrer Forderung auf Entlassung der Einwohnerwehren heraustrat, hat die badische Regierung sofort mit dem Einzug der Waffen und der Unterbringung in höherem Gemach begonnen. Es mag sein, daß da und dort noch ein Bürgermeister die Instruktion der Regierung außer Acht läßt. Die badische Regierung wird jetzt aber die Waffen auch aus den Gemeindebesitz einziehen und sie den Reichsorganen wieder zur Verfügung stellen. Sie tut das in der festen Überzeugung, daß mit der Erhaltung der Sicherheitspolizei als reine Vollzugsorgane und mit der technischen Ausrüstung von Polizei und Gendarmerie an die Bedürfnisse unserer Zeit die Ruhe im Lande auch in kritischer Zeit erhalten werden kann. Solange zur Unterstützung dieser Organe die Einwohnerwehr zugelassen war, war ich ein warmer Verehrer dieses Sicherheitsinstrumentes. Nun aber das Schicksal es anders will, hat es keinen Sinn, dem Gewesenen nachzutauern und dabei die Erfüllung der neugestellten Aufgaben zu verkümmern. Wenn, wie in Bayern sich im Besitze der Einwohnerwehr über 200 000 Gewehre befinden, so bedeutet das für jede Regierung eine ebenso große Gefahr, als wenn ungeleitet die Forderung der Kommunisten auf Bewaffnung des Proletariats erfüllt wäre. Man spricht nicht umsonst von der in Bayern vorhandenen Gefahr einer Ueberausrüstung der Moraräte. Man wird auch nicht den Verdacht los, daß die bayrische Regierung deshalb so sehr an der Einwohnerwehr festhält, weil dieselbe sich nicht entlassen lassen will und weil offenbar die Regierung nicht die Kraft in sich fühlt, diese Entlassung durchzuführen.

Aus dem Landtag.

□ Karlsruhe, 14. Juli. Dem Landtag ist der Bescheidentwurf über die Abänderung des Gebäudeversicherungsgesetzes zugegangen. Es werden darin die Zuschläge festgesetzt, die die Versicherten infolge der Kreuzung der Baustoffe zu dem für die nach Ausbruch des Krieges fällig gewordenen Brandentschädigungen für Gebäude von der staatlichen Versicherungsanstalt erhalten.

Letzte Meldungen.

Sieben Franken pro Tag und Kopf.

Brüssel, 15. Juli. (Havas.) Die Blätter melden, daß die Wiedergutmachungskommission nach Prüfung der deutschen Beschwerden wegen der ungeheuren Kosten der militärischen Besetzung der deutschen Gebiete die von Deutschland in Ausführung des Friedensvertrages zu zahlende Summe auf sieben Franken pro Tag und Kopf festgesetzt hat.

Rumäniens Einspruch gegen den Anteil an der deutschen Entschädigung.

Spa, 14. Juli. (W.B.) Im Namen der rumänischen Regierung überreichte der rumänische Finanzminister Titulescu dem Obersten Rat eine in kategorischen Ausdrücken gehaltene Note, worin er gegen die Bemessung des Anteils an der deutschen Entschädigung (1,6 Milliarden), der als ein Alimosen bezeichnet wird, entschieden Einspruch erhebt.

Höchstpreise für die neue Getreideernte.

Berlin, 15. Juli. (W.B.) Durch eine Verordnung vom 14. Juli 1920 wurden vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die endgültigen Höchstpreise für Getreide aus der Ernte 1920 festgesetzt, nachdem bereits am 13. März 1920 Mindestpreise bekanntgegeben waren. In der Mindestpreisverordnung war bestimmt worden, daß die endgültige Festlegung der Preise unter Berücksichtigung der bei der Produktion anfallenden Kosten erfolgen sollte. Aufgrund dieser Bestimmung führte die vorgenommene Ermittlung der Produktionskostenbegrenzung zur Festlegung eines Grundpreises für die Tonne von Mk. 1400.— für Roggen, 1350 Mk. Gerste und Hafer, sowie 1540 Mk. für Weizen.

Rosengarten Mannheim.
Wiener Operetten-Spiele.
Donnerstag, den 15. Juli 1920
Die Faschingsfee.
Anfang 7 1/2 Uhr. 90 Ende 10 1/4 Uhr.

Künstlertheater Apollo.
Heute Donnerstag abend 7 1/2 Uhr:
Esaufführung
unter persönlicher Leitung des Komponisten
Die Frau im Dunkeln
Operette in 3 Akten von Erich Urban u. Eddy Beuth
Musik von Siegfried Schulz. S282

Kabarett Rumpelmauer
das phänomenale Programm S121
Degen - Körner
Hansi Strauß, Erich Brauer usw.

Palast-Theater
Heute letzter Tag!
Erna Morena in 999 Nacht 5 Akte
Und der Mond lacht dazu 2 Akte

Ämliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.
Freitag, den 16. Juli gelten folgende Marken:
Für die Verbraucher:
Speisefett: 125 Gramm zu M. 3.25 die Portion 10 in den Verkaufsstellen 601-650
Fleischbuden: 250 Gramm zu M. 1.10 und
Sohlzeis: 200 Gramm (das Pfund zu 6 M.) für die Kolonialwarenmarkte 27 in den Verkaufsstellen 1-1688.
Marmelade: 250 Gramm zu M. 1.85 für die Kolonialwarenmarkte 28 in den Verkaufsstellen 1-1688.
Butter: 1/4 Pfund zu M. 2.25 die Buttermarkte 110 in den Verkaufsstellen 661-775.
II. für die Verkaufsstellen:
Für Abgabe hat bereit:
Speisefett: 125 Gramm zu M. 3.25 für die Verkaufsstellen 651-1688 bei der Stadt. Fleischbuden im Schlachthof am Freitag, den 16. Juli, von 7-11 Uhr. Kussels und Gefäße mitbringen.
Butter: 1/4 Pfund zu M. 2.25 für die Verkaufsstellen 776-900 am Freitag, den 16. Juli, von 9-12 Uhr.
Zucker: 500 Gramm für die Kolonialwaren-Verkaufsstellen 1-1688. (Es kommen zur Verteilung: 200 Gramm Kristallzucker zu M. 1.90 und 100 Gramm Kandiszucker zu M. 2.50 per Pfund).
Speisefett: 1/4 Pfund, Verbrauchspreis M. 2.80 für die Kolonialwaren-Verkaufsstellen 1-1688. 87-277. Abzugeben und zahlbar gegen Kussels am Freitag, den 16. Juli, von 8-12 Uhr und 2-5 Uhr bei der Firma G. J. J. Sedewitz, Heilbrunnstr. 64. Behälter mitzubringen.
Im Interesse einer schnellen Abfertigung der Verkaufsstellen wäre es erwünscht, die zugehörige Marke am Abholungstag auf einmal abzugeben.
Städtisches Lebensmittelamt, C 2, 16/18.

Einladung.
Den Bürgerausschuss berufe ich zu einer Versammlung auf
Freitag, den 16. Juli 1920, nachmittags 3 Uhr
in den Bürgerausschulsaal des Rathauses.
Tagesordnung:
1. Erwerbung von Haus- und Hintergrundflächen durch Verkaufsstellen gemäß dem Sperrgesetz.
2. Erwerbung des Hauses R 4, 16 für Wohnzwecke.
3. Das Amt des Stellvertreters des Gemeindevorstehers und Schiedsmannes.
4. Sitzung über Tageselder und Meldefristen der Eigentümer städtischer Grundstücke und der städtischen Beamten bei auswärtigen Dienstgeschäften.
5. Umwandlung einer Realzweckstelle an der Apfelstraße in eine Wohnzweckstelle.
6. Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel.
7. Bauliche Beschaffenheit der G. u. h. h.
8. Veränderung der Baugebührensatzung.
9. Fürsorge für erhaltungsbedürftige Kinder.
10. Kulturdenkmäler Maßnahmen im Wohngebiet.
Zu Ziffer 1 und 2 der Tagesordnung können am Tage der Sitzung von den Mitgliedern des Bürgerausschusses Vorschläge eingebracht werden.
Mannheim, den 7. Juli 1920. 10
Der Oberbürgermeister.

Petroleum.
Gegen Abtrennung der Marke 30-33 der gelben Karte je 1/2 Liter = 2 Liter Petroleum; gegen Abtrennung der Marke Nr. 12 der grauen Karte = 1/2 Liter oder eine Reize, soweit Vorkaufrecht und solche bei der vorjährigen Herbstverteilung von den Bezugsberechtigten nicht abgenommen wurden in den durch Bekanntmachungen bezeichneten Verkaufsstellen. Die vorhergehenden Markennummern sind verfallen. 114

Öffentl. Versteigerung
Freitag, den 16. d. Mts., vorm. 11 Uhr
werde ich gemäß § 373 h. G. B. auf Rechnung des er angeht, im Lagerhaus der Firma J. Reichert Söhne, hier, Güterhallenstr. 19, Auktion der Straßenbahn, Stiege 14, gegen Verzahlung öffentlich versteigern:
3 Fass Pfälz. Weißwein ca. 19000 Liter
Näheres im Termin. 8403
Dingler, Gerichtsvollzieher.

Stroh-Versteigerung
Am Freitag, den 16. Juli, vorm. 10 Uhr wird im Güterbahnhof - oberer Saal beim Wagenschlepper - ein Wagen Preis-Stroh meistbietend gegen sofortige Verzahlung versteigert.
Eisenbahn-Güteramt. 8586

Sonderangebot Betten



Bettstelle
für Erwachsene mit Patent-Zugfeder-Matratze weiss lackiert **295.-**

Kinderbettstelle
weiss lackiert m. abklappbaren Seiten von **139.- an**

Polster-Matratze
aus gestreiftem Zellstoff, Alpengrasfüllung 3teilig mit Keilkissen **89.-**

Polster-Matratze
grau Misch-Gewebe, Alpengrasfüllung, 3teilig mit Keilkissen **148.-**

Polster-Matratze
aus gestreiftem Dreil. Alpengrasfüllung Wollauflage, 3teilig mit Keilkissen **320.-**

Bettfedern
graue **16.-** Pfund 30.50, 24.-

Gänsefedern
weisse, garantiert staubfrei - Pfund **58.-**

Jata
bester Kapokersatz Tüte ca. 1 Pfund **5.50**

Schlafdecken
graue, 140x190 cm gross **39.65** Stück

Hirschland MANNHEIM • AN DEN PLANKEN

P. Gültmann
Büro-Einrichtungen, Kassenschränke, Karteien, Büromaschinen, Bürobedarf
Meine neuen Ausstellungs- und Verkaufsräume
D 5, 4 gegenüber der Börse
Telephon 2143
find **eröffnet!**
Beschäftigung ohne Kaufzwang erbeten

Statt Karten! 8380
Dr. iur.
Carl Wilh. Lichterz
Helmy Lichterz
geb. Arcand
geben ihre Vermählung bekannt.
Mannheim Rüsselshaus a. Main Mollstr. 34 Malzerstr. 35.
15. Juli 1920.

Statt Karten.
Ihre Vermählung zeigen an:
Eugen Müller
Anna Müller
geb. Stahl
Mannheim, den 15. Juli 1920
Waldstr. 3

Versteigerung M 7, 21.
Am Freitag, 16. Juli, nachmittags 2 1/2 Uhr versteigere ich M 7, 21
Schönes Wohnhaus, Glas, Porzellan, Besteck, Haus- u. Küchengeräte, Dejmalmatrasse mit Gewicht, Möbel aller Art darunter eine schöne Kücheneinrichtung und anderes mehr. 8245
H. Arnold, Auktionator und Taxator Q. 3. 4. Telefon 8219.

la. Apfelmost 5000 Liter
ganz oder in kleineren Gebinden hat abzugeben
Johann Jäger
Gastwirt 5261
in Stockach (Baden)
Schuhkern 6188
Mädel, Hausierer
1 Postf. je 15 bedruckte Dozen zu 50, 70, 90 Pf.
= 70, 70, 70 Gr.
2 Dof. a M 3.- = 250 Gr.
mit M. 37.50. Porto u. Verp. berechnet bei Rohabnahme. S. Hangel, Frankfurt a. M., G. H. J. J. J.

Wettbewerb.
Unter den rechtzeitig eingelaufenen 29 Arbeiten hat das Preisgericht folgende Entscheidung getroffen: 8388
Zwei 1. Preise mit je M. 2500.-
an Herrn Architekt Adolf Essig, Mannheim und Herrn Dipl.-Ing. Max Schmechel und Reg.-Baumeister Albert Lange, beide in Mannheim
Den 3. Preis mit M. 1000.-
an Herrn Architekt H. O. Stepenkoth in Mannheim.
Außerdem wurden die Arbeiten der Herren Architekt W. Platen, Architekt Sigmund Lehmann in Mannheim und der Herren Reg.-Baumeister Karl Hölder, Mannheim, Dipl.-Ing. Anton Jöhner, Mannheim mit je M. 600.- angekauft.
Sämtliche Entwürfe sind in der Zeit vom 19. bis 24. Juli täglich nachmittags von 2-6 Uhr und am 25. Juli 1920 von vormittags 10 bis nachmittags 4 Uhr in der Gartenstadt Mannheim - Waldhof, Neubau Nr. 157, öffentlich ausgestellt.
Mannheim, den 14. Juli 1920.
Gartenstadt-Genossenschaft Mannheim, E. E. u. F.

Geschäfts-Empfehlung.
Empfehle mich in allen vorerwähnten *10
Schlosserarbeiten
[sowie Rolladen-Reparaturen, ausbessern und zusammen von Herden u. Oefen, reparieren von Nähmaschinen aller Systeme, unter Garantie. - Defekte werden auch alle Zahnräder durch eigenes Verfahren repariert. Postkarte genügt.]
Otto Voisin, Schlossermeister
Alphornstraße 22.

Warenhaus KANDER Mannheim
In allen Abteilungen AUSLAGEN zu bedeutend herabgesetzten Preisen
Vergleichen Sie Preise und Qualitäten!

Baumwollwaren 6208

| | | | | | |
|---|---------------|-----|--|-------------|----|
| Bettst. bestickt | Mtr. 12.50 | 750 | Perkal, für Hemden und Blusen | Mtr. 19.50, | 14 |
| Volle, ca. 110 cm breit dunkelbl. u. schwarz Mtr. | 8.50 | | Voll-Volle bedruckt in groß. Ausmusterung Mtr. | 24 | 50 |
| Musseline, bedruckt, schöne Muster Mtr. | 17.50, 14.50, | 950 | Baumwollsaug 1. Schürz. doppeltbreit Mtr. | 28.50, | 24 |
| Kleider-Kattun Mtr. | 19.50, 15.50 | | | | |

Bett-Inlett in guter Qualität, 160 cm breit = 68.50, 130 cm breit = 59.50, 80 cm breit 38.50, **24.50**

Weisswaren

| | | | | | |
|----------------------------------|-------------------|------|---|-----------------|----|
| Handtuchstoffe | Mtr. 9.50, | 750 | Weiss Voll-Volle, bestickt ca. 115 cm breit | Mtr. | 34 |
| Hemdentuche | Mtr. 14.50, 13.00 | | Bettuch-Kretzema | 160 cm br. Mtr. | 38 |
| Fleckenlöser | Mtr. 19.50, 16.50 | | Damast, 160 und 190 cm breit Mtr. | 49.50 bezw. | 39 |
| Hemdenflanell gute Qualität Mtr. | 24.50, | 1850 | | | |

Kleider- und Seldenstoffe

| | | | | | |
|---|-------|----|----|---|----|
| Haarkeiderstoffe doppeltbreit | Meter | 12 | 50 | Frött, ca. 130 cm breit und gestreift Mtr. | 58 |
| Karo's doppeltbreit | Meter | 18 | 50 | Biosonseide gestreift u. karliert Mtr. | 25 |
| Rock-Streifen 120 cm breit | Meter | 32 | 50 | Selden-Frött, doppeltbr. in modern. Farben Mtr. | 53 |
| Halbtuch, 120 cm breit in vielen Farben | Mtr. | 36 | 50 | Kleiderseide, doppeltbr. in verschied. Farb. Mtr. | 75 |

Handarbeits-Abteilung

| | | | | | | |
|-----------------------------------|-------------|----|-----|---|--------|----|
| Perlestickgarn in allen Farben | Strang | 2 | 50 | Mitteldecken, verschiedene Zeichnungen | 12.50, | 9 |
| Tabletdecken zum Ausschneiden St. | 2.95, 1.95, | 95 | Pf. | Kissen, gezeichnet, weiss, grau oder schw. Leinen | 12 | 50 |
| Schoner, mit Hohlsaum gezeichnet | 6 | 50 | | Bilddecken, gez., Nisch- oder Buntstich | 18.75, | 13 |

Mittags von 12^h bis 2^h Uhr geschlossen.

Carl August Nieten & Co.
J 7, 19. Kohlenhandels-Gesellschaft Furap. 217.
empfehlen
Brennholz
in allen Sorten für Hausbrand, Gewerbe, Zentralheizungen.
Ferner liefern wir
Tori und alle rationierten Brennstoffe.

MUDAU
Erholungsbedürftige finden bei erstklass. Verpflegung Pension. Bei lang. Aufenthalt amtsärztl.
1. bad. Odenwald Zeugniss verlangt. 7040
450 Mtr. u. d. Meer. Hotel Engel, Bad. F. Helmas.

Tanz-Ausflüge
empfehle grobgehaltigen Saal m. Parkettboden
Werde jagt die Gesellschaften d. St.

Sie sparen viel Geld
beim Einkauf in der Bürsten-Zentrale
Einige Beispiele:
Wald- u. Schererbürsten in versch. Form. St. 50.-
Schrubber, in Holz, St. 1.50
Stiefelbürsten, in Holz, St. 2.00
Schrubber, diefele Duff. St. 3.00
Reinigerbürsten St. 1.60
Seifenputzer, das Beste in St. 2.10
Deutsche Kesselfeile, in Doppelst. St. 1.00
Deutsche Feinseife (Tafelst. St. 1.00)
100 Gramm-Seife St. 3.75
Schwämme in jeder Größenqual. St. 3.95

Bürsten-Zentrale
G 5, 14, Tel. 7675.

Sung! Wieder eingetroffen Sung!
la. weißes nordamerikanisches Schweineschmalz zu bekannt billigem Preis.
la. reines Cocosfett per Pfd. **13.50** Mtr.
bei Einkauf von 5 Pfd. per Pfd. **13.00** Mtr.
Wiederverkäufer entsprechend billiger.
la. gezuckerte cond. Milch per Dose **8.20** Mtr.

Gebr. Levy
H 2, 16/17, am Marktplatz - Tel. 6431

Offeriere freibleibend:
150 tons Roh-Naphtalin I. a.
handelsfähig.
6000 Ztr. Meiler-Holzkohlen
(rein Buchen) 8386
sämtl. Oele, Fette, Maschinenöle für jegl. Landwirtsch. Berufe, auch kleinere Quanten Holzleere, Feche, Abfallfette Harze billigst.

Bruno Plüschke, Rohstoffvermittlungsstelle
Großhandel für Chemie und Seifenindustrie
Telephon K. 406 Mannheim Schloßstr. 24

Tätowierungen
ausgeführt unter Aufsicht des Sanitätsrats. Fein ausgeführt. Keine Schmerzen mit sich bringend. Modische, große, schmerzlose und unangenehme Tätowierungen. 8319
Lichtsalzsalz König's Mannheim, am C. 2. 7

Wer tauscht einen Kinderwagen geg. einen neuen, braunen Kinderklappwagen m. Berber, Napf, Wägelchen, postfr. 18. IV. 1920. 874